



HESSISCHER LANDTAG

05. 12. 2017

Plenum

Antrag der Abg. Waschke, Franz, Geis, Grüger, Kummer, Quanz (SPD) und Fraktion betreffend Europa sozialer und demokratischer gestalten

1957 wurde mit den Römischen Verträgen die Gründung für die Europäische Union vorbereitet; ein nach wie vor einzigartiges Modell für Frieden, Demokratie, Freiheit, Gleichheit, Solidarität und Wohlstand. Im Jubiläumsjahr der Römischen Verträge legt die Europäische Kommission das Weißbuch zur Zukunft Europas mit fünf Szenarien zur weiteren Entwicklung vor. Die vorgeschlagenen Modelle reichen von einem "Weiter so" bis zu einem "Viel mehr gemeinsames Handeln".

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Hessische Landtag stellt fest, dass die europäische Einigung nur Bestand haben wird, wenn Bürgerinnen und Bürger von den Vorteilen und dem Nutzen für alle überzeugt sind, die die Kontrolle globalisierter Märkte durch gemeinsames politisches Handeln ermöglicht.
2. Der Hessische Landtag fordert die Hessische Landesregierung auf, sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen, dass die Europäische Union wieder als Solidargemeinschaft wahrgenommen wird. Sie soll alle Maßnahmen und Initiativen unterstützen, die ein Auseinanderbrechen der Europäischen Union verhindern und allen antieuropäischen Bestrebungen engagiert entgegenzutreten.
3. Der Hessische Landtag stellt fest, dass keine der im Weißbuch vorgelegten Szenarien die Probleme der Europäischen Union tatsächlich löst. Wünschenswert ist ein Szenario, in welchem die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten der Europäischen Union intensiviert und mehr Demokratie ermöglicht wird. Die Exekutivlastigkeit der Europäischen Union muss dringend behoben werden. Das Weißbuch ist eine wichtige Diskussionsgrundlage. Jetzt müssen weitere Schritte erfolgen, damit Europa auch in Zukunft ein Modell des Friedens, der Demokratie, der Freiheit, der Gleichheit, des Wohlstands und der Solidarität bleibt.
4. Der Hessische Landtag stellt fest, dass das Vertrauen der Menschen in die Problemlösungskompetenz der Europäischen Union schwindet. Die Grundwerte der Europäischen Union, nämlich die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören, werden zunehmend infrage gestellt. Um dies wieder zu ändern, muss die Europäische Union den Bürgerinnen und Bürgern ihrer Mitgliedstaaten Schutz vor Ausbeutung, Unterdrückung und Unsicherheit bieten. Sie muss aber auch für den Schutz aller Menschen auch außerhalb der Grenzen ihrer Mitgliedstaaten vor Ausbeutung, Unterdrückung und Unsicherheit stehen. Die Europäische Union muss wieder glaubwürdig für die Sicherung der Sozial-, Wirtschafts-, Menschenrechts-, Demokratie- und Umweltstandards stehen. Der Hessische Landtag begrüßt die Überarbeitung der Entsenderichtlinie mit dem Ziel, das Prinzip "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort" durchzusetzen. Lohndumping und Unterbietungswettbewerbe darf es in der Europäischen Union nicht mehr geben. Dies gilt auch für ein einheitliches Steuerrecht. Steuerflucht und Steueroasen dürfen innerhalb der Grenzen der EU nicht mehr möglich sein.

5. Der Hessische Landtag stellt fest, dass Strukturen auf europäischer Ebene so verändert werden müssen, dass die Rechte des demokratisch gewählten Europaparlaments z.B. durch ein eigenes Initiativrecht gestärkt werden, Entscheidungen transparenter gefällt und Bürgerinnen und Bürger stärker an demokratischen Prozessen beteiligt werden.

Wiesbaden, 5. Dezember 2017

Der Fraktionsvorsitzende:
Schäfer-Gümbel

Waschke
Franz
Geis
Grüger
Kummer
Quanz